

GASTKOMMENTAR

Ein per Zufall besetzter Ethikrat wäre besser



LASSE STEINER UND BRUNO S. FREY

Expertenkommissionen und Ethikräte spielen in der aktuellen Corona-Pandemie eine wichtige Rolle. Die Ethikräte der Bundesländer und die Wissenschaftsakademie Leopoldina finden mit ihren Stellungnahmen in Politik und Medien großes Gehör. Die Bundesregierung und Ministerpräsidenten lassen sich vor den Bundesländer-Konferenzen von einem Expertengremium beraten. Der Rat dieser Experten hat maßgeblichen Einfluss auf weitreichende Politikmaßnahmen. Diese Kommissionen sind in zweierlei Hinsicht problematisch.

Erstens sind die Gremien nicht repräsentativ besetzt. Die Exekutive lässt sich in Bezug auf die Corona-Politik einseitig beraten. So befinden sich unter den Beratern der Bundesregierung vor allem Virologen und Epidemiologen. Vertreter anderer Fachbereiche, insbesondere aus den Sozialwissenschaften, sind kaum vertreten. Die Beratung zu den Corona-Maßnahmen verengt sich dadurch auf gesundheitliche Aspekte und klammert die massiven gesellschaftlichen Folgen der Lockdown-Politik weitgehend aus.

Zweitens nimmt die Exekutive massiv Einfluss auf die Experten und deren Urteile. Der Münchner Wirtschaftsethiker Christoph Lütge wurde von der bayerischen Staatsregierung aus ihrem Ethikrat aberufen, nachdem er die Corona-Politik der Landesregierung kritisierte. Ein weiteres Beispiel ist, dass das Innenministerium das Robert-Koch-Institut am Beginn der Pandemie beauftragte, ein Modell zu erarbeiten, auf dessen Basis „Maßnahmen präventiver und repressiver Natur“ geplant wurden.

Diese Probleme lassen sich mit einer fokussierten Zufallsauswahl lösen. Dabei werden die Mitglieder der Expertenkommissionen und Ethikräte zufällig aus einer geeigneten Grundgesamtheit per Lotterie ausgewählt. Ein Kriterium könnte sein, dass nur Professoren deutscher Universitäten gewählt werden können. Die Fachrichtungen sollten für die gesellschaftlichen Politikfolgen relevant sein. Infrage kommen neben Medizinern auch Vertreter der Wirtschaftswissenschaft, Psychologie oder Bildungswissenschaft. Die Namen der Mitglieder der Grundgesamtheit werden in eine Urne gegeben. Daraus wird dann nach dem Zufallsprinzip die für ein Gremium notwendige Anzahl Namen gezogen. Wer nicht mitmachen möchte, kann ablehnen. Die Ethikräte werden für eine bestimmte Zeit gewählt und sind in dieser Zeit unkündbar. Der Rat des Expertengremiums sollte veröffentlicht werden, um die aktuell intransparente Entscheidungsfindung nachvollziehbar zu machen.

Dieses Zufallsverfahren hat gegenüber dem heutigen System erhebliche Vorteile. Verschiedene Fachrichtungen werden repräsentativ vertreten. Zudem werden auch Stimmen gehört, die dem Regierungskurs kritisch gegenüberstehen. Die Beeinflussung durch die Exekutivpolitiker verringert sich, da die Experten weniger auf ihr Wohlwollen angewiesen sind. Auf den ersten Blick erscheint eine fokussierte Zufallsauswahl willkürlich. Ein Einwand könnte sein, dass unfähige Personen in die Gremien gewählt würden. Doch wegen der Beschränkung auf Wissenschaftler stehen nur talentierte Vertreter zur Auswahl. Und auch nach dem jetzigen System ist keineswegs gesichert, dass wirklich die besten Experten in die Gremien gelangen. Aktuell werden diese eher nach Zustimmung zur Corona-Politik ausgewählt.

Historische Erfahrungen zeigen, dass Zufallssysteme sehr erfolgreich sein können. Im antiken Athen wurden politische Ämter mittels einer Zufallsauswahl aus den Bürgern besetzt. Auch die norditalienischen Stadtstaaten haben Zufallsverfahren zur Wahl der Exekutive verwendet. Die Republik Venedig hat dieses Verfahren über Jahrhunderte erfolgreich angewandt, um ihren Dogen zu wählen.

Bruno S. Frey ist Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor am Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema) in Zürich.

Lasse Steiner ist Crema Research Fellow.

ESSAY



US-Präsident Joe Biden hat angekündigt, dass er die transatlantische Allianz neu beleben will

Eine Chance, die nicht wiederkommt

Donald Trump musste Joe Biden weichen – in bedrückenden Corona-Zeiten ist das eine der besten Nachrichten überhaupt. Doch gute Nachrichten können anstrengend werden. Und genau darauf muss sich Deutschland einstellen: Ein Präsident Biden wird Deutschland fordern, gerade weil er auf eine ausgestreckte Hand nicht wie Trump einschlägt, sondern sie beherzt mit einem „Auf geht’s, Deutschland“ ergreifen wird. Was auf Deutschland zukommt, lässt sich mit einem Kniff erfassen. Das gedachte Szenario: Im Anschluss an das G-7-Treffen und Bidens Rede auf der virtuellen Münchener Sicherheitskonferenz am Freitag der vergangenen Woche kontaktiert ein Biden-Berater einen Vertrauten von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er ist von Biden beauftragt, auf diesem diskreten Weg in aller Freimütigkeit die Erwartungen Bidens an Berlin zu übermitteln.

Der Merkel-Vertraute fertigt für die Bundeskanzlerin ein Gesprächsprotokoll an, in dem er die Aussagen des Biden-Beraters in zum Teil direkter Rede in drei Punkten bündelt:

Der Biden-Beauftragte stellte vor, dass sich Biden darauf freue, die vertrauensvolle Zu-

Mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden melden sich die USA auf der Weltbühne zurück. Mit welchen Folgen? Ein fiktives Gespräch über das, was nun auf Deutschland zukommen könnte



JACKSON JANES UND ECKHARD LÜBCKEMEIER

sammenarbeit, die er als Obamas Vizepräsident mit Bundeskanzlerin Merkel hatte, nunmehr als Präsident wieder aufzunehmen. Wörtlich: „Nach dem Brexit ist Deutschland erst recht zum zentralen Akteur in Europa geworden. Berlin bestimmt die Zukunft der Europäischen Union mehr als jedes andere EU-Mitglied, Biden sieht Deutschland als seinen wichtigsten Partner in Europa.“

Deutschland und Amerika müssten zusammen dafür sorgen, nicht nur das bilaterale, sondern auch das amerikanisch-europäische Verhältnis für die nur gemeinsam zu bewältigenden Herausforderungen einzusetzen: „Unser Zusammenwirken ist der Lackmusestest für die Zukunftsfähigkeit der transatlantischen Partnerschaft.“

Biden hat „America First“ eine klare Absage erteilt, weil er überzeugt ist, dass Amerika Freunde und Partner braucht. Deshalb werde er es zwar nicht so nennen, doch es so meinen: statt „America First“ gelte „First: America“. Bidens Fokus, so die nachdrückliche Aussage seines Vertrauten, wird neben der Pandemiebewältigung auf der Erholung der amerikanischen Wirtschaft, dem Abbau sozialer Spaltungen, der Stärkung der amerikanischen Demokratie und der Wiedergewinnung von Anstand im politischen Wettbewerb lie-

gen. Diese innenpolitische Agenda habe Priorität, denn das Land befinde sich in einer bedenklichen Verfassung.

So bedenklich, dass Trump es fast geschafft hätte. Amerikas Freunde und Verbündete sollten sich vor Augen halten: Ohne Pandemie hätte ein Demokratieverächter wie Trump, der einen Mob zur Erstürmung des Kapitols angestachelt hat, gute Chancen auf eine Wiederwahl gehabt.

Der Biden-Beauftragte bezeichnete dies als „die wohl bittere Wahrheit“ und erklärte selbstkritisch: „Auch wir Demokraten tragen unseren Anteil daran, dass Amerika so weit abrutschen konnte, dass Trump überhaupt Präsident wurde und es fast geblieben wäre.“ Trump habe es zwar „verbockt“, aber durchaus reale Missstände angeprangert und instinktiv ausgenutzt: eine zu weit getriebene Globalisierung und Deindustrialisierung Amerikas; ein sozial und politisch zerklüftetes Land; ein Freihandel, der nicht immer ein Fair-Handel war; ein zu nachgiebiger Umgang mit China; Nato-Verbündete wie Deutschland, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Deshalb solle sich Deutschland darauf einstellen, dass über die Corona-Eindämmung hinaus Biden ein Präsident sein wird, der sich vorrangig um die Gesundheit seines Landes kümmert. Keineswegs bedeute das Isolationismus und Unilateralismus, der Präsident meine, was er öffentlich sage: „Amerika kann nicht wiedererstarken, wenn es sich abschottet und auf Alleingänge setzt, und umgekehrt kann es eine regelbasierte Weltordnung nur mit amerikanischer Führung geben.“

Doch es bedeute, dass sich Amerikas Freunde auf eine Außen- und Bündnispolitik einstellen müssten, die um den Wert von Partnern weiß, diese aber auch in die Pflicht nimmt. Sie täten gut daran, „jeden Anschein von Trittbrettfahrerei zu vermeiden und Amerika global zu entlasten“.

Zu den engsten und wertvollsten dieser Partner gehöre Europa und in Europa vor allem Deutschland. Biden sei zwar ein Transatlantiker der alten Schule, aber jeder oder jede (wie zum Beispiel Vizepräsidentin Kamala Harris), die nach ihm kommen könnte, werde nicht mehr wie Biden den „Transatlantismus mit der politischen Muttermilch“ aufgesogen haben.

Eindringlich fügte er hinzu: „Biden ist deshalb eine Chance, die so nicht wiederkommt. Um sie zu nutzen, müssen sich Amerikas Partner eigenverantwortlich einbringen.“ Gemäß der Leitlinie: weniger versprechen und dafür mehr leisten.

Biden habe kein Problem mit einem Europa, das souverän sein oder, wie es die Bundeskanzlerin ausgedrückt habe, sein Schicksal selbst in die Hand nehmen wolle. „Womit wir ein Problem haben sind vollmundige Ankündigungen, die nicht eingehalten werden.“

Biden ist klar, dass ein mächtiges Europa auch ein unbequemer Partner sein könne. Differenzen über Handels- und Wettbewerbsfragen, über den Umgang mit China, die Lastenteilung in der Nato oder die Nord-Stream-2-Pipeline werde man nicht unter den Tisch kehren – entscheidend sei, wie man sie austrage: „Biden wird ein robuster Verhandler sein, aber immer in dem Bewusstsein, dass man einander braucht und zusammen mehr erreicht.“

Das wisse man in Europa doch nur zu gut. Es sei schließlich die Erfolgsformel der EU, dass Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Demokratie nur gemeinsam zu haben sind. Das gelte besonders für das deutsch-französische Verhältnis, die nach dem Brexit noch wichtigere Achse der EU-Stabilität.

Der Merkel-Berater zieht abschließend ein politisches Fazit:

Trump ist ein Unglück, doch er war kein Unfall, sein Zerstörungswerk hat er nur anrichten können, weil Amerika weit vor Trump auf die schiefe Bahn geraten war. Mit seiner Abwahl ist das gespaltene und verunsicherte Amerika nicht über den Berg. Biden steht vor einer Herkulesaufgabe, für die er jede Unterstützung gebrauchen kann. Sie zu leisten ist im deutschen Kerninteresse, zumal Biden eine Chance ist, die so nicht wiederkommt.

Biden setzt auf einen Berliner Partner, der seiner Führungsverantwortung in und für Europa gerecht wird. Die Zeit ist endgültig gekommen, dass sich Deutschland „als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringt“ – ganz so, wie es Bundespräsident Gauck bereits 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz vorgegeben hatte.

Jackson Janes ist Senior Fellow am German Marshall Fund of the United States in Washington, D. C.

Eckhard Lübckemeier, Botschafter a. D., ist Gastwissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 \*)

Herausgeber: Stefan Aust  
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt  
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Tietz  
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld  
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner  
 Chefredakteur: Torsten Krauel  
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann  
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philipp Jürgens, Lars Winkler  
 Creative Director: Cornelius Tittel  
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster  
 Forum: Eva Marie Kogel, Lucas Wiegelmann, Stv. Rainer Haubrich  
 Investigation/Reportage: Manuel Bewander, Anette Dowidit  
 Außenpolitik: Klaus Geiger  
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersemann, Stv. Dietmar Deffner, Nando Sommerfeldt, Thomas Exner (Senior Editor)  
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah

Lühmann  
 Literarische Welt: Dr. Mara Delius  
 Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings  
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)  
 Sport: Matthias Brügelmann  
 Wissen: Dr. Pia Heinemann  
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach  
 Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuß  
 Community/Social: Franziska Zimmerer  
 WELTplus: Sebastian Lange  
 Video: Martin Heller

GvD Produktion: Patricia Plate  
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne  
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm  
 Chefkorrespondent Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz, Clemens Wergin  
 Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems  
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger  
 Chefkorrespondent Feuilleton: Dr. Jan Klüveler  
 Chefkorrespondent

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau  
 Chefreporter: Stefan Frommann  
 Chefredakteur Wissenschaft: Axel Bojanowski  
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff  
 Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer  
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz  
 Budapest: Boris Kalnoky  
 Istanbul: Deniz Yücel  
 Kapstadt: Christian Putsch  
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling  
 Marrakesch: Alfred Hackensberger  
 Moskau: Pavel Lokshin  
 New York: Hannes Stein  
 Paris: Martina Meister  
 Warschau: Philipp Pritz  
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm